



Ausschuss für Europa und Internationales

6. Sitzung (öffentlich)

26. Januar 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:45 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1 Aktivitäten der Landesregierung 2018 zu den Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und den chinesischen Provinzen Shanxi, Jiangsu und Sichuan	4
Bericht der Landesregierung Vorlage 17/487	
– Bericht von Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBE), Aussprache	

- 2 Was unternimmt die schwarz-gelbe Landesregierung gegen den Abbau der EUROPE DIRECT Informationszentren (EDIC in NRW)? 11**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/486
- Diskussion
- 3 Arbeitsplanung des MBEI für das Jahr 2018 13**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/493
- Bericht von Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI),
Aussprache
- 4 Verschiedenes 18**
- Siehe Diskussionsteil

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

wünscht **Vorsitzender Dietmar Brockes** den Ausschussmitgliedern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien Glück und Gesundheit für das neue Jahr. Er freue sich auf eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit.

1 **Aktivitäten der Landesregierung 2018 zu den Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und den chinesischen Provinzen Shanxi, Jiangsu und Sichuan**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/487

Vorsitzender Dietmar Brockes merkt an, mit Schreiben vom 21. Dezember 2017 habe die grüne Fraktion um einen entsprechenden Bericht gebeten, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/487 übersandt worden sei.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBE) trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Bedeutung der Volksrepublik China für Nordrhein-Westfalen nimmt wirtschaftlich und politisch enorm zu. Die Partnerschaft ist nicht ganz unproblematisch, da es unterschiedliche Wirtschaftssysteme sind, aber auch unterschiedliche Politik und sehr divergierende Werteverständnisse. Der zentrale Ausbau erfordert einen offenen Dialog, er erfordert auch gegenseitiges Vertrauen und Respekt davor, dass beide Partner unterschiedliche Systeme haben und unterschiedliche Regeln befolgen.

Die Entwicklung ist sehr dynamisch. China liegt im weltweiten Ranking der Außenhandelspartner Platz 2. Über 1.000 Firmen sind in Nordrhein-Westfalen angesiedelt. Das Handelsbilanzdefizit ist relativ groß. Wir bekommen Waren in Nordrhein-Westfalen aus China in Höhe von 25 Milliarden €, wir selber exportieren nach China rund 10 Milliarden €. Noch größer ist der Unterschied bei den Direktinvestitionen. Wir investieren in China 11 Milliarden € im Jahre 2015, China investierte in Nordrhein-Westfalen gerade mal 802 Millionen €.

Wir haben eine sehr große chinesische Community. 30.000 Chinesinnen und Chinesen leben in Nordrhein-Westfalen. Die Partnerschaften, die Hochschulkooperationen und Schulpartnerschaften sind sehr gut, sie funktionieren sehr gut. Die Städtepartnerschaften sind sehr gut. Die Partnerschaften mit den drei chinesischen Provinzen, die der Vorsitzende schon gerade genannt hat, Jiangsu, Shanxi und Sichuan mit ungefähr 180 Millionen Menschen haben für unsere Beziehungen zu China einen herausragenden Stellenwert. Die drei Provinzen haben in Nordrhein-Westfalen auch ein Repräsentanzbüro.

Die Zusammenarbeit mit China der unterschiedlichen Ministerien ist unterschiedlich intensiv. Eine Partnerschaft, die ich ausschließlich als positiv ansehe, ist die Handhabung von Stipendiaten. Wir haben ungefähr 1.000 Stipendiaten in Nordrhein-Westfalen. Diese Stipendiaten sind gute Brückenbauer und mögliche Multiplikatoren zwischen Nordrhein-Westfalen und China. Sie bleiben den Universitäten, den Ausbildungsstätten über lange Zeit freundschaftlich verbunden; sie nehmen an weiteren Programmen teil, an fachlichen Auffrischungen ihrer eigenen Arbeit, ihrer eigenen Studiengänge.

Sehr interessant ist, dass seit Kurzem in China die Themen „Umwelt, Klimaschutz und Luft, Wasser, Bodenreinhaltung, Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Wasserschutz“ eine große Rolle spielen. Alle Ressorts der Landesregierung unterhalten unterschiedlich enge Kontakte. Es ist geplant, die Gouverneure von zwei Provinzen in diesem Jahr einzuladen. Die Einladung hat der Ministerpräsident ausgesprochen. Bislang steht noch kein Termin fest. Noch in diesem Jahr wird der Wirtschaftsminister China besuchen wollen.

Wenn ich mir eine persönliche Würdigung erlauben darf: Der Handel und der Austausch mit China befinden sich in einer erfreulichen und engagierten Situation, die man allerdings mit großer Vorsicht begleiten sollte. Wenn man das chinesische Engagement in Afrika, in Asien und auch in Europa sieht, dann kann man, wenn ich das ungeschützt sagen darf, nicht immer davon ausgehen, dass es nicht unfriendly in einem Take over endet. Die Übernahme von großen Bodenschätzen in Afrika ist für die dortigen Länder in höchstem Maße unerfreulich bis nicht mehr partnerschaftlich. Die großen Seehäfen, die China in Asien, in Vietnam, in Sri Lanka aufbaut, sind sicherlich nicht nur im Interesse des Gastlandes. Dass China mittlerweile auch einen großen Hafen in Griechenland betreibt, sollte man zumindest mit großer Aufmerksamkeit verfolgen.

Oliver Krauß (CDU) bedankt sich für die umfangreichen Informationen und für die offenen Worte. Die Landesregierung habe klargemacht, wo die Chancen, aber auch wo gewisse Risiken lägen. Die Herausforderungen lägen sicherlich in den unterschiedlichen Politik- und Wertesystemen, in den unterschiedlichen Wirtschaftssystemen, aber auch in den schon skizzierten unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen.

Seine Fraktion unterstütze ausdrücklich die Aktivitäten der Landesregierung, die vorgestellt worden seien, auch vor dem Hintergrund, dass die Partnerschaften durchaus noch ausbaufähig seien. Dass sie ausgebaut würden, habe er den Schilderungen und dem Bericht entnehmen können. Man sehe deutlich die Differenzen etwa im Bereich der Investitionen. Da sehe er die Chance, dass die Landesregierung durch einen Besuch des Wirtschaftsministers die Möglichkeit eröffne, die Zusammenarbeit zu intensivieren und Investitionen zu fördern, damit dieses Ungleichgewicht in ein etwas gesünderes Verhältnis umgewandelt werde.

Der Minister habe dargestellt, dass die Investitionen des Staates China sehr überlegt seien und an der einen oder anderen Stelle kritisch beleuchtet werden sollten. Nichtsdestotrotz sehe er große Chancen. Bezüglich der Programme, die die Landesregierung im Bereich der Außen- und Wirtschaftsförderung vorgelegt habe, aber auch was den Austausch mit Jiangsu bezüglich der juristischen Führungskräfte anbelange – worauf man großen Wert legen sollte, weil bei den Rechtssystemen Bedarf bestehe, das eine oder andere nachzusteuern –, sehe er enorme Potenziale. Er sei zuversichtlich, dass die Landesregierung das weiter ausbauen werde, dass der Austausch weiter gepflegt werde und dass vor allem durch die Delegationsbesuche die Zusammenarbeit weiter intensiviert werde. Seine Fraktion unterstütze diesen Kurs ausdrücklich.

Rüdiger Weiß (SPD) bedankt sich für den Bericht und dafür, dass der Minister an der einen oder anderen Stelle auf die Problematik hingewiesen und Kritik geäußert habe. Wenn sich alle einig darin seien, dass es diese Problematik gebe, dass Kritikwürdiges auch zu benennen und zu beobachten sei, dann sei das schon einmal eine gute Sache. Auch seine Fraktion habe zur Kenntnis genommen, dass die Community – Herr Minister habe sie mit 30.000 beziffert – Warenwerte, Umschläge, den Beitrag zum Bruttosozialprodukt einbringe. Das sei auch gut so.

Der Minister habe von 1.000 Stipendiaten gesprochen. Da stelle sich die Frage, wie es aussehe mit Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer. Er frage, wie viele chinesische Studentinnen und Studenten davon betroffen seien. Er wüsste gerne, ob diese Thematik dem Minister auch in den Gesprächen, die er geführt habe, begegnet sei. Seine Fraktion sehe die Stoßrichtung so ähnlich, wie der Minister sie vorgetragen habe.

Johannes Remmel (GRÜNE) bedankt sich für den Bericht. Er bitte um drei Ergänzungen. Es wäre schön, wenn Herr Minister dazu noch Informationen übermitteln könnte. In dem Bericht werde darauf hingewiesen, dass sich bei zwei Partnerschaften die Gelegenheit ergebe, ein Jubiläum zu begehen. Wenn es da konkretere Vorstellungen gäbe, wie die Gestaltung in den Jahresablauf eingepasst werden könne, wäre es schön, wenn der Minister den Ausschuss darüber unterrichten würde. Eventuell gebe es auch Anknüpfungspunkte, die Städtepartnerschaften, die in den Provinzen bestünden, miteinander zu verbinden oder den bisherigen Austausch mit einzubringen im Sinne von Belebung der unterschiedlichen Begegnungen und Kontakte.

2014 sei beim Besuch des chinesischen Staatspräsidenten die sogenannte Seidenstraße eingeweiht worden. Hier wäre es interessant, über Erfahrungen und Entwicklungen zu diskutieren. Am Vorabend habe es einen größeren Bericht in der ARD gegeben mit Aussichten auf wirtschaftliche Entwicklungen des Logistikstandortes Nordrhein-Westfalen, insbesondere mit Blick auf den Hafen Duisburg, es seien aber auch Problemlagen geschildert worden. Es wäre hilfreich, eine Einschätzung der Landesregierung zu bekommen, um zu wissen, mit welchen Möglichkeiten hier unterstützt und begleitet werden könnte.

Ein dritter Aspekt: Nach seinem Kenntnisstand gebe es aktive Anstrengungen in China, ein chinesisches Immissionshandelssystem zu implementieren. Da wäre es interessant, inwieweit ein Abgleich oder eine Kompatibilität mit dem europäischen Immissionshandelssystem angedacht sei, erreicht werden könne. Man diskutiere gerade unter dem Vorzeichen Wettbewerbsfähigkeit des nordrhein-westfälischen Stahls genau über diese Frage. Es mache sicherlich Sinn, das in zukünftige Austauschaktivitäten mit einzubeziehen oder sich gegenseitig zu informieren.

Dr. Stefan Berger (CDU) kommt auf das Thema „Studiengebühren“ zu sprechen. Er sei wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Herr Weiß habe den Minister zum Thema „Studienbeiträge“ gefragt. Das stehe im Koalitionsvertrag. Im Moment sei dieses Thema, sowohl was die Landesregierung als auch die politische Ebene angehe, noch nicht weiterbehandelt worden ganz einfach deswegen, weil man die Erfahrungen

in Baden-Württemberg, wo das Modell mit CDU und Grünen durchgeführt werde, abwarten wollen. Es sei etwas anderes, ob man eine sehr große Hochschule mit vielen ausländischen Studierenden habe, wo man relativ simpel ein Modell durchführen könne, oder eine kleine Hochschule, an der man nur wenige ausländische Studierende habe. Er bitte um Verständnis, dass der Minister keine abgestimmte Meinung der Landesregierung zu diesem Thema nennen könne, weil man sie auf politischer Ebene selber noch nicht habe.

Zu den in Rede stehenden chinesischen Partnerschaften: Wenn es denn eine Gruppe gäbe, die Studienbeiträge für nicht Nicht-EU-Ausländer rechtfertigen würde, dann wären das sicherlich die Chinesen, denn in China würden erhebliche Studiengebühren erhoben für jeden. Im Grunde subventioniere man hier eine sehr wohlhabende chinesische Mittel- bis Oberschicht. Das müsse man in dieser Debatte auch sagen. Man sei aber noch nicht am Ende. Dieser Punkt werde die Politik in dieser Periode weiter begleiten.

Bodo Middeldorf (FDP) bedankt sich beim Minister für den sehr ausführlichen Bericht. Es seien die Anstrengungen zwischen den beiden Staaten, zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Volksrepublik China positiv dargestellt worden. Das sei in der Tat eine wichtige Entwicklung, auch für die hiesige Volkswirtschaft. Alle wüssten, dass China insgesamt eine weltwirtschaftliche Bedeutung heute schon habe und diese weltwirtschaftliche Bedeutung auch noch weiter zunehmen werde.

Die branchenstrukturellen Verbindungen – einige Stichworte seien gefallen – seien von ganz erheblicher Bedeutung. Das sei zunächst einmal positiv. Er sei aber auch ausdrücklich dafür dankbar, dass der Minister die Probleme angesprochen habe. Man dürfe nicht die Augen davor verschließen, dass man in China erhebliche Demokratiedefizite habe. Auch das gehöre zur Wahrheit dazu. Das dürfe nicht dazu führen, dass man vollkommen kritiklos in jede Kooperation gehe.

In der Vergangenheit habe man auch die Erfahrung gemacht, dass chinesische Firmen vor allen Dingen die Know-how-Träger in Deutschland aufgekauft hätten. Insofern sei die Forderung nach mehr Investitionen der chinesischen Firmen in Nordrhein-Westfalen etwas zwiespältig zu sehen. Man könne nicht auf der einen Seite den Know-how-Transfer nach China brandmarken und auf der anderen Seite sagen, sie sollten aber jetzt noch mehr investieren. Das sei etwas problematisch und zeige, dass man da eine sehr differenzierte Politik brauche. Das finde man auf jeden Fall in dem Bericht vollumfassend wieder. Das erstrecke sich auch ausdrücklich auf die Frage der chinesischen Studierenden in Nordrhein-Westfalen. Er habe aus eigener Erfahrung erlebt, dass es sich nicht nur um individuelle Bildungsbiographien handele, sondern dass es staatlicherseits ganz gezielte Programme gebe hier in Deutschland, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, solche Studien aufzunehmen.

Da passiere eines: Es werde Know-how vermittelt, dass dann in China gewinnbringend eingesetzt werden könne. Das sei zunächst einmal nicht zu kritisieren. Das heiße auf der anderen Seite – da unterstütze er den Kollegen Dr. Berger ausdrücklich –: Hier dürfe man überhaupt keine Skrupel haben, wenn es vonseiten NRWs irgendwann auch um Studiengebühren für ausländische Studierende gehe.

Sebastian Watermeier (SPD) interessiert sich für das Thema „Kooperation mit den chinesischen Bergbauregionen“. In seiner Heimatstadt Gelsenkirchen unterhalte die chinesische Bergbauregion Fushun eine Repräsentanz, weil die Verantwortlichen der chinesischen Bergbauregionen sich sehr stark für Strukturwandel interessierten. Auch China als großer Bergbaustandort weltweit habe große Bergbauregionen, in denen der Steinkohlebergbau inzwischen aufhöre, andere, wo er anlaufe. Da seien Strukturwandelthemen sicher sehr wichtig.

Ihn interessiere, inwiefern dieses Thema bei der Landesregierung auf dem Schirm sei, inwiefern da Know-how-Transfer, Kooperationen begünstigt würden. Das betreffe auch den Bereich der Bergbautechnik. Immer wieder sei die Rede von schweren Grubenunglücken in China, in denen es Dutzende bis Hunderte von Toten bei einigen Vorfällen gegeben habe. Er glaube, dass die moderne deutsche Bergbautechnik mit den Sicherheitsstandards im deutschen Steinkohlebergbau auch im Jahre 2018 immer noch maßgeblich sei. Sie könnten den chinesischen Partnern erheblich helfen, den eigenen Bergbau zu modernisieren, umweltgerechter zu machen, aber auch für die Arbeitskräfte menschlicher und sicherer zu gestalten.

Josef Neumann (SPD) führt aus, es seien vor allem die Europäer gewesen, die in Afrika verbrannte Erde hinterlassen hätten, und zwar in einer Art und Weise, die unvorstellbar sei. Die Entwicklungspolitik Europas und Deutschlands und anderer sei in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht darauf ausgerichtet gewesen, massive Verbesserungen auf diesem Kontinent zu schaffen.

Man müsse auch zur Kenntnis nehmen, dass viele Regionen erst einmal durch das Engagement der Chinesen aufleben würden – Eisenbahnprojekte, Straßenbauprojekte, Wasserprojekte und Sonstiges fänden statt. Da müsse man sich auch an die eigene Nase fassen und die Frage stellen, welche Rolle man da gespielt oder nicht gespielt habe und welche Rolle man zum Beispiel mit der Partnerregion Ghana einnehme. Wenn man sich die kleinen finanziellen Ressourcen anschau, die NRW zur Verfügung stelle, aber auch andere in Deutschland oder in Europa, dann dürfe man sich nicht wundern, dass China in genau diese Lücke gehe, genau das übernehme, was die Europäische Union in dieser Frage versäumt habe. Insofern sei es wichtig, diese Frage der Internationalität und die Frage der entwicklungspolitischen Ansätze auch aus deutscher oder europäischer Sicht völlig neu zu diskutieren. Man müsse überlegen, ob man das bejammere oder inwieweit man sich da selber engagiere.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) stellt heraus, er teile die Analyse sowie die Kritik von Herrn Neumann. Er habe es hautnah erleben dürfen nach dem Tsunami in Sri Lanka. Die Chinesen hätten insbesondere beim Wiederaufbau von Häfen geholfen. Das Land sei verändert. In Afrika sei es noch viel dramatischer. Die Chinesen seien in der Tat in Lücken gegangen, die Europa zurückgelassen habe. Aber die Hilfe werde für das Land teuer.

Das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie begleite das, habe auch Know-how. Es gebe Kooperationen im Bereich Steinkohlebergbau. Man werde sich schlau machen.

An Herrn Middeldorf gewandt, fährt der Minister fort, die Studenten, die nach Deutschland kämen, würden nicht von Familien geschickt. Im Prinzip könne man die mit Kosten belegen, die sie für die Volkswirtschaft in China wieder einarbeiteten.

Mit Blick auf die Seidenstraße habe er auch das Wissen von Herrn Remmel. Man werde sich um Zahlen bemühen und die dem Ausschuss dann zur Verfügung stellen. Die Strecke sei sehr gut angelaufen. Nach dem chinesischen Immissionshandelssystem werde man fragen und das Wissen dann dem Ausschuss zur Verfügung stellen.

Was Polen und Ungarn angehe, so leite er selber eine Regierungsdelegation vom 7. bis 9. März nach Budapest, das sei hauptsächlich eine Wirtschaftsdelegation von Juristen. Ihn interessiere ganz besonders, dass Polen in wesentlichen Punkten Wertekordinaten der EU verletze. Das müsse man unter Freunden – er fühle sich mit vielen Ungarn befreundet – kritisch begleiten. Das könne man weder laufenlassen noch ignorieren. Er finde es absolut unzulässig, in eine Wertegemeinschaft gehen zu wollen, deren Werte man anschließend infrage stelle.

In Polen habe er einen Ko-Vorsitz in einer deutsch-polnischen Regierungskommission, weil er sich darum bemüht habe. Ein erstes Vortreffen habe mit der Marschallin stattgefunden. Die Kommission selber werde dieses Mal im April in Berlin im Roten Rathaus tagen. Es gebe Anlass, sich große Sorgen zu machen. Er habe es vor einigen Tagen mit der Kommission in Berlin erfahren, dass in Polen das Wahlrecht geändert worden sei. Wahlzettel, die korrigiert würden – wenn man also seine Stimme abgegeben habe, das durchstreiche und dann noch eine abgebe –, blieben gültig. Es sei beim Auszählen relativ schwierig zu erkennen, wer wann etwas korrigiert habe. Dass das in hohem Maße passieren werde, sei zu erwarten, weil bei den letzten Wahlen in Polen 22 % der Stimmen ungültig gewesen seien. Wenn Stimmen unbeobachtet nachverbessert würden, würden diese Stimmen jetzt gültig bleiben. Das könne die EU nicht hinnehmen. Das sei die rechtliche Vorbereitung von Wahlfälschung.

Johannes Remmel (GRÜNE) erinnert an seine Frage nach der Ausgestaltung der Jubiläen bei den Partnerschaften, die in dem Bericht erwähnt worden seien – 30-jährige Partnerschaften. Der Minister habe darauf hingewiesen, dass der Ministerpräsident die Gouverneure eingeladen habe. Er habe aber nicht weiter ausgeführt, wie die Zelebration möglicherweise in welcher Zeit stattfinde. Wenn er das heute nicht abschließend sagen könne, sei das in Ordnung. Es würde interessieren, um auch gegebenenfalls Verknüpfungen oder Netzwerke mit einzubeziehen.

Was Herr Neumann angeführt habe, so sollte man hinzufügen – das sei die Rückmeldung, die Mittelständler gäben –, dass bei solchen Engagements in Afrika natürlich der chinesische Staat insbesondere mit Geld drinhänge. Das brächten die hiesigen Mittelständler nicht mit. Deshalb unterlägen sie oft im Wettbewerb, obwohl sie die besseren Technologien anböten. Da sei schon eine Frage, wie man die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen könne. Deutschland habe weltweit den wettbewerbsfähigsten Mittelstand. Den gebe es in vielen anderen Ländern nicht, er sei gut ausgebildet und technologisch ganz vorne. Aber wenn es dann um konkrete Projekte gehe, wollten gerade diese Staaten, die interessant seien, auch, dass die Finanzierung mitgebracht werde. Nun sei von der Europäischen Union mit dem Europäischen Investitionsfonds in Afrika eine

Option aufgetan worden. Da wäre es interessant, ob das für Mittelständler eine Option sei, ob man da gegebenenfalls auch Verknüpfungen durch die Landesregierung über die Europäische Investitionsbank oder über die NRW.Bank als Beratungsunterstützung herstellen könne, um im Wettbewerb zumindest ansatzweise mithalten zu können. Ihn würde interessieren, ob das eine Option sei.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) gibt an, die genaue Ausgestaltung der Feierlichkeiten anlässlich der 30-Jahr-Feier sei noch nicht beschlossen worden, weil man auf die Einladung der Gouverneure noch keine Antwort habe. Es gebe noch keinen Termin. Man wisse nicht genau, ob die Gouverneure kämen. Es gebe im Moment eine leichte Unstimmigkeit mit den chinesischen Partnern durch eine Demonstration vor dem Generalkonsulat. Die chinesischen Partner erwarteten, dass das beendet werde. Da werde man aber nicht eingreifen. Der Demonstrant habe alle Rechte. Dass die Chinesen das störe, sei wiederum ihr gutes Recht, aber man werde da nicht intervenieren. Das führe im Moment zu einer leichten Verstimmung.

Bei der Europäischen Investitionsbank werde er sich bemühen. Das sei eine gute Anregung. Vergleichbare Ungleichheiten habe man weltweit auch, wenn amerikanische Unternehmen investieren würden, sie hätten die Botschaft und die Regierung an ihrer Seite. Das könne man sich hier gar nicht erlauben.

2 Was unternimmt die schwarz-gelbe Landesregierung gegen den Abbau der EUROPE DIRECT Informationszentren (EDIC in NRW)?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/486

Vorsitzender Dietmar Brockes merkt an, die SPD-Fraktion habe mit Schreiben vom 17. Januar 2018 um einen entsprechenden Bericht gebeten, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/486 übersandt worden sei.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) trägt vor:

In der Sorge, dass so etwas möglicherweise im Rahmen von Sparmaßnahmen passieren könnte, haben wir auf der Europaministerkonferenz Stellung genommen und haben versucht, auf die Kommission Einfluss zu nehmen. Wir haben einen Beschluss im Bundesrat herbeigeführt und die Bundesregierung gebeten, sich für EUROPE DIRECT einzusetzen. Wir haben konkret Gespräche in Brüssel geführt. Die Kommission hat aber unveröffentlichte Handlungsempfehlungen befolgt, hat den Etat ungefähr halbiert. In Nordrhein-Westfalen hat es uns unvertretbar getroffen, indem von 13 Einrichtungen sieben geschlossen wurden. Wir halten das für einen völlig falschen Weg.

Es gab gestern ein Treffen mit den handelnden Personen hier im Hause. Wir versuchen, das etwas aufzufangen, indem es eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Städten gibt. Es gibt größere Synergien. Das wird auch mit sehr viel Engagement angegangen. Wir halten die Entscheidung für falsch, Europa da zu schwächen, wo es ein Gesicht zeigt und wo es gerade Menschen an Europa heranzuführt, die nicht täglich mit Europa aufwachsen. Die Mittel, die zur Verfügung stehen, sind in der Bundesrepublik ungleich verteilt. Es hat Nordrhein-Westfalen besonders schlimm getroffen. Wir arbeiten bereits jetzt daran, diese Entscheidung nach 2020 rückgängig zu machen.

Rüdiger Weiß (SPD) bedankt sich für den Bericht und die deutlichen Worte, die der Minister gefunden habe. Er habe zum Schluss gesagt, man versuche ab 2020 eine Änderung herbeizuführen. Der Minister habe auch davon gesprochen, der Etat sei quasi halbiert worden. Die Stellen seien im Grunde auch halbiert worden. Es seien ja nicht nur Büros, die zumachten, sondern dahinter stünden auch Arbeitsplätze. Er frage den Minister, ob er glaube, dass es an irgendeiner Stelle der Gespräche und der Intervention des Ministers die Möglichkeit gegeben hätte, mit Druck und Unterstützung der Bundesregierung deutlicher vorstellig zu werden, etwas an dem Vorgehen zu ändern.

Er habe gehört, es gebe noch Restmittel, die eventuell zu verteilen wären, damit diejenigen, die jetzt noch da seien, partizipieren könnten. Er frage, ob dem Minister da etwas bekannt sei oder ob das nur ein Gerücht sei. Es wäre schön, wenn der Minister da Aufklärung leisten könnte.

Oliver Krauß (CDU) betont, nach den letzten Bemerkungen dränge sich die Frage auf, was denn der deutsche Bundesaußenminister, der geschäftsführend im Amt sei, in dem Bereich getan habe. Entscheidend sei, dass man das nicht so einfach hinnehme. Man habe gehört, dass die Landesregierung vielfältige Aktivitäten entwickelt habe. Nun könne man erstmals in diesem Ausschuss seit der Wahl sagen, dass man, was den Europagedanken anbelange, einer Meinung sei. Es gebe Menschen in Europa, die sich nicht mit Argumenten auseinandersetzen wollten. Sie wollten sich auch nicht mit dem Europagedanken auseinandersetzen. Sie hätten politisch Vertreter, die auch beratungsresistent seien. Da würden auch die besten Programme nichts helfen. Sie seien heute nicht hier. Er bitte es nicht so zu verstehen, dass er damit sagen wolle, dass er jemanden vermisse. Er stelle nur fest, dass man heute einen Konsens habe, was den Gedanken Europas anbelange.

Im Koalitionsvertrag der NRW-Koalition heiße es, man wolle die Idee der europäischen Einigung in der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft fester verankern. Das sei erklärtes Ziel hier. Es sei auch wichtiger denn je. Insofern sei es sehr bedauerlich, dass die Kommission nicht alle EUROPE DIRECT Informationszentren mehr aufrechterhalten werde in der Förderperiode 2018 bis 2020. Man könne die Landesregierung mit ihren Aktivitäten nur unterstützen. Da sich die Schließung nicht vermeiden lasse, gehe es darum, das zu kompensieren. Man müsse offen darüber kommunizieren und dafür Sorge tragen, dass es doch noch eine Möglichkeit gebe, dass die EUROPE DIRECT Informationszentren eine größere finanzielle Ausstattung erhielten. Dabei wolle man die Landesregierung gerne unterstützen. Die Notwendigkeit vor dem Hintergrund der einen oder anderen national geführten Debatte für solche Informationszentren sei wichtiger denn je.

Johannes Remmel (GRÜNE) schließt sich den kritischen Begleitungen zu diesem Thema an. Er rege an, dass die Verantwortlichen auch hier im Ausschuss Rede und Antwort stünden und man sie zur nächsten Sitzung einlade zur Darstellung ihrer Arbeit. Man könne sich dann direkt darüber auseinandersetzen, weshalb in dieser Weise Kürzungen Nordrhein-Westfalen träfen. Man könne sehen, ob da gegebenenfalls noch etwas zu retten sei.

Vorsitzender Dietmar Brockes erklärt, er nehme die Anregung gerne auf. Man sollte kurz in der Obleuterunde darüber sprechen. Er glaube, dass da Einvernehmen bestehe.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) betont, die Restmittel, die übrig seien, seien im Topf für strategische Partnerschaften zu finden. Sie seien nicht dafür zu benutzen.

3 Arbeitsplanung des MBEI für das Jahr 2018

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/493

Vorsitzender Dietmar Brockes merkt an, diesen Tagesordnungspunkt habe die SPD-Fraktion mit Schreiben vom 12. Januar dieses Jahres beantragt. Er verweise auf den übersandten Bericht Vorlage 17/493.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) führt aus:

Der Bericht ist mit Verweis auf den Koalitionsvertrag zu sehen. Das Gleiche gilt für die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und die sogenannte Kleine Regierungserklärung im Ausschuss. Ein wesentlicher Tätigkeitsbereich auch meiner Person wird in den nächsten Jahren die sogenannte Ruhr-Konferenz sein. Sie hat insoweit einen Bezug zu Europa und zu unserer grenzübergreifenden Zusammenarbeit, weil die Wirtschaftskraft und die Arbeit des Ruhrgebietes darauf extrem großen Einfluss haben. Es ist für uns eine Arbeit, die wir für Nordrhein-Westfalen, aber auch für Deutschland, für Europa machen. Es ist eine Initiative. Ich hatte gestern die Möglichkeit, sie beim RVR vorzustellen, die absolut infolge der Ruhrkonferenzen von 1979 und von 1988 liegt. Das ist eine parteienübergreifende, kommunenübergreifende gemeinsame Arbeit für unser Land.

Wir haben in diesem und im nächsten Jahr den Vorsitz in der Europaministerkonferenz. Wir werden dort die Tradition der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit fördern mit den Bereichen Sicherheit, Arbeitsmarkt, Verkehr und Bildung.

Zu dem Thema „Polen und Ungarn“ und dem Ko-Vorsitz in der Regierungskommission habe ich schon einige Punkte genannt. Eine unserer Aufgaben wird auch noch sein, die Internationalität bei Zielgruppen des Europagedankens wieder zu verstärken. Wir werden die Lücke, die die Schließung von EUROPE DIRECT uns leider für einige Zeit beschert, versuchen auszugleichen und werden ein Programm entwickeln, dort stärker mit den Büros zusammenzuarbeiten und deren Kooperation zu fördern.

Oliver Krauß (CDU) betont, in den letzten Monaten sei deutlich geworden, gerade auch vor dem Hintergrund des Besuchs des Ministerpräsidenten der Niederlande, dass die Stimme von Nordrhein-Westfalen wieder stärker wahrgenommen werde. Das gelte für die Nachbarländer, das gelte für NRW insgesamt. Man sei wieder präsenter nach den Vorgängerjahren.

Wichtig sei, dass der Bereich Internationales mit der Partnerschaft Ghana in diesem Jahr gefördert werde. Das sei auch ein erklärtes Ziel der Landesregierung. Insofern sei das, was die Landesregierung nicht nur heute in ihrem Papier, sondern vor allem auch schon vorher in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und in den Ausführungen des Ministers am 29.09.2017 dargelegt habe, die Zielmarke. Man habe sehr viele Initiativen auch aus dem Bereich des Parlamentes fraktionsübergreifend.

Die Marschrichtungen seien vorgegeben, was die grenzüberschreitende Zusammenarbeit anbelange. Er freue sich darauf, dass die in vielen Bereichen gestärkt werden solle – Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt, Hochschule. Er glaube auch, dass es helfe, dass man mehr Einfluss nehmen könne bei der Ausgestaltung des mehrjährigen Finanzrahmens. Er bedanke sich und sage die Unterstützung zu, was das Arbeitsprogramm anbelange. Das sei alles im Fluss. Man könne auf Gegebenheiten reagieren.

Rüdiger Weiß (SPD) bedankt sich für den Bericht. Nun wolle man nicht groß darüber streiten, wie präzise und ausführlich der Arbeitsplan, der vorgelegt worden sei, sei. An einer Stelle sei er dankbar, dass der Minister das ausgeführt habe, was in dem Bericht nicht stehe – Stichwort EMK-Vorsitz. Dieser Punkt sei sehr allgemein gehalten. Da habe er sich gefragt, ob es nicht ein paar Informationen mehr hätten sein können. Die habe der Minister nachgeliefert. Er bedanke sich dafür. Von daher erübrige sich die Rückfrage, die er zu diesem Punkt gehabt hätte.

Johannes Remmel (GRÜNE) erklärt, er sei mit dem Dank an dieser Stelle etwas sparsamer. In gewisser Weise sei er enttäuscht über die Darstellung. Er sei davon ausgegangen, dass man, wenn es eine Kleine Regierungserklärung gebe, das für das Jahr 2018 nun auch noch einmal verdichten, konkretisieren könnte, was in welchen Bereichen anstehe. Da entnehme er dem Bericht sehr wenig. Er wolle das an zwei, drei Punkten deutlich machen.

Er sei schon gespannt, mit welcher Konzeption die Ruhr-Konferenz denn aufgelegt werden solle. Ihn und die Vertreter des Ruhrgebiets würde interessieren, wie die neue Landesregierung zu dem Anliegen aus dem Ruhrgebiet stehe, die Internationale Gartenausstellung hinzubekommen. Da solle ja ein erheblicher finanzieller Aufwand gestemmt werden. Da müsse man aufpassen, dass man nicht immer schöne Konferenzen veranstalte, aber die eigentlichen Fragen, die auf der Tagesordnung stünden, nicht beantworte. Das interessiere auch das Parlament, weil über kurz oder lang die Frage der Kofinanzierung und der inhaltlichen Begleitung sicherlich von Bedeutung sei. Ihn würde interessieren, was die Position der Landesregierung sei, wie das weiter begleitet werde.

Es sei schon im Ausschuss darüber diskutiert worden, in welcher Weise sich die Landesregierung im Feld Internationales, Eine Welt engagieren wolle. Auch da finde er in der Konkretisierung des Arbeitsprogramms keine Ausführungen. Er frage, was sich daraus konkret ergebe oder ob die Feststellung bleibe, dass eine gewisse Leerstelle anzutreffen sei.

Bodo Middeldorf (FDP) bedankt sich für den Bericht, der zugegebenermaßen kurz sei. Für ihn sei nicht die Länge entscheidend, sondern tatsächlich die Frage, welchen Geist ein solcher Bericht atme.

In Zeiten, in denen die internationale Kooperation in Europa schwierig sei, in denen man in den internationalen Beziehungen Probleme habe, in denen man Europa ein Stück weit neu erfinden müsse, neu aufstellen müsse, sei es wichtig, sich auf die Dinge zu konzentrieren, die gut funktionierten. Das gelte für die internationalen Beziehungen

in den Benelux-Bereich hinein – insofern unterstütze er ausdrücklich, dass hier ein Schwerpunkt gesetzt werden solle. Das sei auch Kern einer internationalen Zusammenarbeit. Bekannt sei, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens gerade mit den Benelux-Staaten von geradezu existenzieller Bedeutung sei. Er müsse da gar nicht auf die infrastrukturellen Beziehungen hinweisen. Es gebe auch viele wirtschaftliche Beziehungen. Das sei der richtige Weg.

Er unterstütze ausdrücklich auch die Bemühungen in Richtung Polen und Ungarn, eben weil sich alle bemühen müssten, zu einer Verbesserung zu kommen. Bei aller Kritik an den dortigen Verhältnissen, an dem dortigen Demokratieverständnis sei es auch wichtig, dass man bei der Beziehung zu diesen beiden Staaten das betone, was da auch positiv laufe. Das sei hier der Fall. Er bedanke sich. Das seien die richtigen Schwerpunkte.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) führt aus, die Verdichtung der Kleinen Regierungserklärung auf das Jahr 2018 sei mit Blick auf die Ruhr-Konferenz der Tatsache geschuldet, dass er die Vorstellung des Systems dieser Konferenz – es werde ja keine Konferenz, es werde eine Dachmarke, unter der gearbeitet werden solle – dem Ministerpräsidenten überlassen wolle. Der Ministerpräsident werde im April das Konzept vorstellen. Er wolle das Wort Feierlichkeit nicht benutzen. Das sei unangebracht. Bei der Art und Weise, wie die Beteiligten sich auf den Dezember 2018 vorbereiteten, nämlich auf die letzte Grubenfahrt, wolle man nicht so tun, als ob man da jetzt etwas völlig Neues machen würde. Man plane auch die Termine in Absprache natürlich mit der Ruhrkohle Stiftung. Man wolle das nicht parallel machen.

Der Ministerpräsident werde das Konzept genau vorstellen und auch die Termine bekannt geben im September, wenn der erste Teil der Emscher in den Rhein zurückgeführt werde. Man setze ganz stark bei dem Emscher-Projekt und bei der IGA an, weil man sich in der Tradition der Ruhrkonferenz von 1988 sehe. Er bitte um Verständnis, dass er konkretere Dinge nicht sage, weil er dem MP nicht vorgreifen wolle. Sobald das gehe, werde er es hier bekannt geben.

Er sei gestern beim Kommunalrat des RVR gewesen und habe mit den Landräten und Oberbürgermeistern gesprochen und dargestellt, welche Mitarbeit erwünscht werde, denn ohne die Kommunen ruhrgebietsübergreifend gehe es überhaupt nicht. Bei der IBA sei es das Problem, dass die Ministerien von Frau Scharrenbach und von Frau Schulze Föcking und die Finanzen beteiligt seien. Sie hätte alle eine eigene Meinung dazu. Er habe im RVR gesagt, für ihn wäre es einfacher, die Interessen des Ruhrgebiets zu vertreten, wenn es ein bisschen weniger und ein bisschen nachhaltiger wäre. Die Summe schon beachtlich. Was davon bleibe, würde er auch gerne einmal sehen. Ihm sei gesagt worden, es gebe einen abgespeckten Vorschlag, der auch nachhaltiger wäre.

Zu Eine Welt: Er habe von Anfang an nicht genug gewusst, warum man bei dem Thema „Eine Welt“ so unter Verdacht stehe. Der Etatansatz sei geblieben. Man evaluiere im Dialog mit den Beteiligten und wolle diese Arbeit fortsetzen.

Sebastian Watermeier (SPD) kommt auf die IGA zurück. Das Plädoyer für einen „abgespeckten“ Vorschlag gefalle ihm nicht sehr gut, denn das Konzept der IGA habe

darauf abgezielt, das Ruhrgebiet in seiner Breite international zu präsentieren mit Fokus auf die Emscher-Renaturierung, die einen Meilenstein im Landschaftsbau, im Strukturwandel dieser Region darstelle.

Wenn man vorher noch über die globale Strahlkraft von Nordrhein-Westfalen gesprochen habe auf Umweltprojektsicht, auf Strukturwandelsicht hin, dann sei dieses Projekt ein Leuchtturm. Er könne sich an vollmundige Ankündigungen dieser Landesregierung erinnern, Spitzenplätze zurückerobern zu wollen. Mit so einem Projekt habe man einen internationalen, nicht nur deutschlandweiten Spitzenplatz und sollte es auch entsprechend präsentieren. Dann nur eine Leistungsschau irgendwo zwischen Essen und Mülheim daraus zu machen, wäre ihm persönlich zu wenig. Das gehe, glaube er, auch den Kollegen seiner Fraktion so.

Josef Neumann (SPD) kommt darauf zurück, dass Herr Krauß gesagt habe, jetzt sei NRW sichtbar in Belgien und Holland. Das sei vielleicht so. Aber die entscheidende Frage für Nordrhein-Westfalen werde es sein, ob es gelinge, innerhalb Europas solche Bündnispartner gemeinsam zu finden, die dafür Sorge tragen würden, dass man die EU-Fördermittel, die man jetzt erhalte, auch weiterhin halten werde. Es werde am Ende des Tages darum gehen, was dann Sichtbarkeit letztendlich bedeute.

Sichtbarkeit wäre dann die Frage, wie man bei den nächsten Mitteln im Rahmen der EU-Förderprogramme der Regionen in Europa aussehe. Das werde über Bündnispartner geklärt. Er erinnere daran, dass es die nordrhein-westfälische Landesregierung gewesen sei, der es gelungen sei, im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Weimarer Dreieck mit Polen und Frankreich hier für Nordrhein-Westfalen einiges herauszuholen. Am Ende des Tages zähle nachher der Erfolg. Man werde sehen, was für Nordrhein-Westfalen in dem nächsten Paket übrigbleibe.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) verweist auf das Antragsmaterial, das in der Beratung sei, um das zu vertiefen, wie man diese Interessen formuliere und wie man die Landesregierung aus dem Parlament heraus unterstütze. Man sollte selbstbewusst sein, dass man das zu einem guten Ende bringe. Er glaube auch, dass die Landesregierung alles dafür tun werde, dass mit den Mitteln, die man unter den schweren Rahmenbedingungen bekommen könne – Stichwort Brexit –, möglichst viel in Nordrhein-Westfalen passiere.

Er habe sich ursprünglich gemeldet, weil er noch einmal die Lebertran-Theorie vortragen wolle. Nachhaltigkeit sei gut, bei Geld sei es wie bei Lebertran. Es sei nicht immer gesagt, dass ab einer bestimmten Menge noch mehr Geld noch mehr helfe. Von daher sei es ein typisches Missverständnis, wenn man meine, dass man mit dem Nürnberger Trichter von Geld am Schluss mehr erreiche. Er finde es sehr richtig, wenn man Effizienz und Nachhaltigkeit von allen Projekten inklusive der IGA im Blick behalte. Es sei zu sehen, was davon übrigbleibe oder was nicht nur Silvesterfeuerwerk sei. Mehr Geld sei kein Selbstzweck. Es könne durchaus im Sinne des Steuerzahlers sein, dass man weniger Geld ausbebe für bessere nachhaltigere Zwecke, oder, wenn das nicht reiche, müsse man darüber nachdenken, ob man mehr Geld zur Verfügung stelle. Die Philosophie, mehr Geld ausgeben, sei besser, sei ihm so vorgekommen wie früher.

Johannes Remmel (GRÜNE) erkundigt sich, was die Haltung und auch die Federführung innerhalb der Landesregierung, bezogen auf das Projekt IGA, betreffe. Er habe es so verstanden, dass die Zuständigkeit für das Ruhrgebiet im Hause des Ministers liege, auch die Frage der IGA in der Koordinierung. Sonst wären ja die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellten, an andere Häuser zu richten. Er vermute, dass meiste Geld werde die Kollegin Scharrenbach zur Verfügung stellen. Insofern könnte es sein, dass man die Fragen besser dorthin richte. Er halte die Diskussion für notwendig, wie gerade deutlich geworden sei, ohne sich da festzulegen.

Es gebe schon zwei Alternativen, zwischen denen man sich entscheiden müsse. Das eine sei die Alternative, wenn man eine Internationale Gartenausstellung so konzipiere, dass man sie möglichst kostendeckend mit viel Publikum gestalten wolle, dann müsse man sie konzentrieren, fokussieren. Oder man müsse fragen, ob man mit der Internationalen Gartenausstellung Defizite in Kauf nehmen, aber gleichzeitig Stadtentwicklung oder Strukturentwicklung betreiben wolle. Zwischen diesen beiden Alternativen müsse man sich entscheiden, ohne das jetzt bewerten zu wollen. Beides könne man begründen. Bisher jedenfalls scheine ihm das nicht abgeschlossen zu sein.

Für den Erfolg der Ruhr-Konferenz mache es Sinn, dass man die Frage vorab zumindest in irgendeiner Art und Weise kläre.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) betont, die einfache Antwort laute unzuständig. Dann wäre das Thema erledigt, dem sei nicht so. Mit dem Ministerium von Frau Scharrenbach habe er sehr viel zu tun. Es gebe viele Überschneidungen. Nachdem sie die ersten Gespräche auch mit Vertretern des RVR geführt habe, sei er gebeten worden, gute Dienste zu leisten. Das habe er angenommen. Jetzt rede er mit drei Ministerien, mit dem Finanzminister, mit der Umweltministerin und mit der Heimatministerin. Es gehe da nicht um weniger Geld, sondern es gehe mehr um Nachhaltigkeit.

Mit Blick auf die Interessen des Auftrages der Ruhr-Konferenz liege ihm daran, das mit einem Strukturwandel zu verbinden. Dann könne man sich möglicherweise auch über andere Zahlen unterhalten. Bevor der Dialog zwischen den Vertretern, die sich für die IGA einsetzten, und der Ministerin wortkarg werde, habe er gesagt, er rede mit allen Beteiligten. Er habe beim RVR auch mit dem Kommunalrat darüber gesprochen. Das könne er letztlich nicht entscheiden, aber er versuche, etwas zu bewirken, was die Ruhr-Konferenz beibehalten solle.

Beim Thema „Emscher“ sei man völlig einer Meinung. Das werde weltweit beachtet. Dieses Land erbringe eine Leistung. Das sähen sich Staaten aus Mittelamerika, aus Nordamerika an. Das sei eine unvorstellbare Leistung, wenn man sehe, was mit dem Wasser der Emscher passiert sei, dass aus einer Kloake wieder ein Fluss werde, der dem Rhein zugeführt werde. Darauf sollte man stolz sein. Darauf setze man auf. Es sei klar, was da Tolles geleistet werde, was da gerade passiere.

4 Verschiedenes

Vorsitzender Dietmar Brockes kommt auf die noch offenen Anträge zu sprechen und darauf, wie man mit den Anträgen umgehen wolle. Die Obleuterunde habe vorgeschlagen, am 23. Februar zu Beginn der Sitzung ein Expertengespräch zu den Drucksachen 17/807 „... Gestaltung des mehrjährigen Finanzrahmens und der Kohäsionspolitik nach 2020 im Sinne des Landes ausrichten“ – Antrag von CDU und FDP – und Drucksache 17/1442 der SPD-Fraktion „Zukunft der EU-Finzen und EU-Förderpolitik nach 2020 sichern“. Es sei ein Expertengespräch mit zwei Experten der EU-Kommission vorgesehen. Dazu sei den Fraktionen seitens der Landtagsverwaltung ein Vorschlag zugesandt worden. Wenn es dazu bis Montag keinen Widerspruch gebe, dann würden die beiden Experten hierzu eingeladen. – Der **Ausschuss** ist einverstanden.

Vorsitzender Dietmar Brockes fährt fort, die Obleuterunde schlage des Weiteren vor, am 23. Februar eine Anhörung zum Antrag Drucksache 17/1113 „... – grenzüberschreitende Kooperation mit den Niederlanden und Belgien intensivieren, den europäischen Zusammenhalt fördern, die strukturellen Verknüpfungen ausbauen“ – Antrag von CDU und FDP – durchzuführen. Es liege ein Vorschlag vor, auch den zweiten Antrag zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Drucksache 17/1661 „ ... Grenzüberschreitende Vernetzung mit den Niederlanden und Belgien in den Bereichen Arbeitsmarkt und Hochschulen intensivieren ...“ mit in diese Anhörung einzubinden. Dazu sei ein erster Vorschlag mit Experten von CDU- und FDP-Seite fertiggestellt worden. Er werde den anderen Fraktionen übermittelt mit der Bitte um Ergänzungen nach Möglichkeit bis Dienstag, sodass man dort auch einladen könne. Der Katalog sei umfangreich. Insbesondere würden alle EUREGIOs mit eingebunden.

Rüdiger Weiß (SPD) erinnert daran, dass er bei der vorletzten Obleuterunde nicht von Anfang an dabei gewesen sei. Die Referentin sei aber dabei gewesen. Sie sei leider heute verhindert. Ihm sei nicht übermittelt worden, dass dieser Zeitplan beabsichtigt werde, insbesondere was den CDU- und FDP-Antrag angehe, der in der Februar-Sitzung behandelt werden solle. Ihm sei das alles übermittelt worden. Ihm sei etwas anderes zu diesem Termin gesagt worden.

Vorsitzender Dietmar Brockes hält fest, es sei beschlossen worden, am 23. Februar, 14:00 Uhr, im Anschluss an die ordentliche Sitzung die Anhörung durchzuführen. So sei das besprochen worden.

Johannes Remmel (GRÜNE) hält fest, dann habe man an einem Tag zwei Anhörungen.

Vorsitzender Dietmar Brockes entgegnet, in der ordentlichen Vormittagssitzung finde ein Expertengespräch mit zwei Vertretern der Kommission zu den beiden eben

genannten Anträgen unter TOP 1 statt. Anschließend würden die weiteren Tagesordnungspunkte beraten. Nachmittags um 14:00 Uhr würde dann die Anhörung in einem größeren Rahmen stattfinden.

Am 23. Februar müsse der Ausschuss abschließend über das Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I der Landesregierung Drucksache 17/1046 – beraten. Dazu habe es eine Anhörung gegeben, an der der Europaausschuss nachrichtlich teilgenommen habe. Das Protokoll liege vor, sodass der Ausschuss innerhalb der vorgegebenen Fristen entsprechend votieren könne.

Was den Antrag von CDU und FDP Drucksache 17/1660 „Zehnjähriges Jubiläum der Kooperation zwischen Nordrhein-Westfalen und der Benelux-Union – grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern vertiefen“ angehe, so sei der Europaausschuss als einziger Ausschuss eingebunden. Deshalb könne der Ausschuss am 23. Februar darüber abschließend beraten. In der Plenardebatte sei deutlich geworden, dass es Interesse gegeben habe, gemeinsam einen Antrag zu machen. Dann müssten die Fraktionen die Zwischenzeit bis Ende Februar nutzen, um sich zu verständigen, wenn das gewollt sei.

Für die Sitzung am 16. März sei ein Sachverständigengespräch vorgesehen, auch innerhalb der normalen Sitzung, und zwar zu Drucksache 17/1122 – Antrag der SPD-Fraktion „Entsenderichtlinien reformieren – Beim Aufbau einer sozialeren Europäischen Union helfen“. Es sei vorgesehen, drei Experten zu benennen, auch einen Experten seitens der EU-Kommission. Heute sei den Abgeordneten ein Vorschlag seitens der Landtagsverwaltung zugegangen. Des Weiteren sollten noch zwei Experten benannt werden, auf die sich die Referenten bitte in den nächsten Tagen verständigen sollten.

Mit Blick auf das Gespräch mit dem Brexit-Beauftragten laufe derzeit die Terminabstimmung, sodass er denke, dass er dem Ausschuss in den nächsten Tagen den Termin mitteilen könne.

In der April-Sitzung am 13. April bestehe die Möglichkeit, einen hochrangigen Vertreter der Bulgarischen Ratspräsidentschaft hier begrüßen zu können, um einen Zwischenbericht der Bulgarischen Ratspräsidentschaft zu hören.

gez. Dietmar Brockes
Vorsitzender

20.02.2018/27.02.2018
150